

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 4. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1981

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
Einzelplan 04 — Bundeskanzler und Bundeskanzleramt			
04 01 apl. 532 03	—	4 313,01	Kosten aus Anlaß von Reisen des Bundeskanzlers in die DDR Für das Treffen des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR waren keine Beträge veranschlagt.
04 01 539 99	40 000	1 040,12	Vermischte Verwaltungsausgaben Nach dem Ausscheiden einer Beamtin aus dem Bundesdienst war der Versorgungszuschlag, der während der vorausgegangenen mehrjährigen Beurlaubung von dem neuen Arbeitgeber an den Bund gezahlt worden war, dem neuen Arbeitgeber teilweise zu erstatten.
04 03 685 01	9 300 000	5 049,93	Zuschuß an Inter Nationes e. V. Der Mehrbedarf war auf unvorhergesehene Prozeßkosten des Zuwendungsempfängers zurückzuführen.
04 05 685 01	60 000	7 000,44	Unterstützungen und Beihilfen für Deutsche mit ständigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bzw. Berlin (West) oder im Ausland Vermehrte Inanspruchnahme von Unterstützungen nach den Richtlinien für die Gewährung von Unterstützungen an Hilfsbedürftige durch die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 04 — Bundeskanzler und Bundeskanzleramt

04 05 811 01	30 000	2 477,91	Erwerb von Dienstfahrzeugen Ersatzbeschaffung eines Dienstkraftwagens wegen Totalschadens und eines Schulbusses, der aus Verkehrssicherheitsgründen ausgesondert werden mußte.
-----------------	--------	----------	--

Einzelplan 05 — Auswärtiges Amt

05 01 712 09	—	197 126,63	Erweiterung der Notstromversorgung und Schaffung einer unterbrechungsfreien Notstromversorgung für die Fernmeldebetriebszentrale und EDV-Anlage des Auswärtigen Amts Unvorhergesehene Kosten zusätzlicher Arbeiten während der Bauausführung.
05 02 532 02	1 850 000	299 687,49	Kosten der Kommissionen, Arbeitsdelegationen und internationalen Konferenzen, sofern das Auswärtige Amt maßgebenden Einfluß auf die Ausführung hat Es handelt sich um Kosten, die durch Fortsetzung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Madrid und der Seerechtskonferenz in New York entstanden sind.
05 02 686 01	700 000	300 000	Hilfe für Deutsche im Ausland Mehrbedarf infolge erhöhter Hilfeleistung für Deutsche im Ausland nach dem Konsulargesetz.
05 02 686 16	36 018 000	1 736 916,15	Beitrag an die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) Auswirkung der Kurssteigerung des US-Dollars bei der auf internationaler Verpflichtung beruhenden Beitragszahlung an die UNESCO.
05 02 686 29	800 000	612 687,50	Kosten von Folgekonferenzen auf Grund der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Erhöhter Kostenanteil der Bundesrepublik Deutschland anläßlich der Fortdauer des Madrider KSZE-Folgetreffens.
05 02 686 30	134 423 000	7 977 201,96	Beitrag an die Vereinten Nationen Auswirkung der Kurssteigerung des US-Dollars bei der auf internationaler Verpflichtung beruhenden Beitragszahlung an die UNO.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 05 — Auswärtiges Amt

05 02 711 02	416 000	143 663,78	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücken für ausländische Vertretungen Grundbesitzabgaben an die Stadt Bonn für das bundeseigene Grundstück in Bonn-Bad Godesberg, Kurfürstenallee 12, und Kosten der Beseitigung von Brandschäden im Rigal'schen Schlößchen. Die Ausgaben beruhen auf Rechtsverpflichtungen.
05 02 apl. 896 62	—	380 662,50	Errichtung des deutschen Krankenhauses in Madrid Unvorhergesehene, bei der Endabrechnung festgestellte Architektenkosten im Zusammenhang mit der Errichtung des Deutschen Krankenhauses in Madrid.

Einzelplan 06 — Bundesminister des Innern

06 01 526 01	32 000	12 233,22	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten im Zusammenhang mit Verwaltungsstreitverfahren.
06 02 632 01	23 000 000	2 818 277,48	Kosten der Bundestagswahlen Erstattung der durch die Bundestagswahl 1980 veranlaßten notwendigen Ausgaben an die Länder (zugleich für ihre Gemeinden) nach § 50 Bundeswahlgesetz.
06 10 522 01	890 000	119 651,39	Verbrauchsmittel Vermehrte Beschaffung von foto- und kriminaltechnischem Verbrauchsmaterial für die Ermittlungen des Bundeskriminalamtes.
06 15 811 01	20 000	12 622,68	Erwerb von Dienstfahrzeugen Ersatzbeschaffung für einen Dienstkraftwagen, der wegen Totalschadens ausgesondert werden mußte.
06 25 525 71	2 083 000	455 097,55	Allgemeine Kosten Mehrausgaben für Berufsförderungsmaßnahmen, weil sich die Zahl der anspruchsberechtigten Polizeivollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz gegenüber ursprünglichen Erwartungen erhöht hat und qualifiziertere Ausbildungsgänge zu fördern waren.
06 26 532 02	195 000	6 265,94	Kosten für die Bewachung der Dienstgebäude und Lager der Beschaffungsstelle Mehrausgabe infolge Tarifierhöhung im Bewachungsgewerbe.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 06 — Bundesminister des Innern			
06 28 526 01	6 000	3 773,05	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten in Verwaltungsstreitverfahren des Umweltbundesamtes.
06 28 711 01	521 000	32 169,18	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Unerwartete Kostenerhöhung der Baumaßnahmen für die Meßstelle Langenbrügge des Umweltbundesamtes.
06 33 526 01	400 000	42 269,37	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten in Asylverfahren, die vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu tragen sind.
06 40 681 05	8 400 000	1 699 750	Einmalige Unterstützung für die im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) aus ausländischem Gewahrsam eintreffenden Gefangenen, für die eintreffenden Aussiedler und ihnen gleichgestellte Personen und für die aus der DDR und Berlin (Ost) eintreffenden Deutschen, die die Notaufnahme erhalten haben. Mehrausgabe infolge Zunahme der Zahl der Aussiedler aus den deutschen Ostgebieten, insbesondere aus Polen.
06 41 527 01	6 000	2 398,23	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen Kosten der Dienstreisen des seit Juli 1981 in Personalunion bestellten Leiters des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Gießen zur Wahrnehmung von Dienstgeschäften bei der Dienststelle in Berlin.

Einzelplan 07 — Bundesminister der Justiz

07 04 526 04	2 000 000	494 046,05	Auslagen in Rechtssachen Erstattung von Kosten der Länder aufgrund des Gesetzes zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutz-Strafsachen.
07 04 apl. 712 31	—	207,11	Neubau eines Maschinensaales für das Bundeszentralregister Nachträgliche Mehrkosten aus gerichtlich festgestellten Werklohnforderungen.
07 04 apl. 812 31	—	780 384,78	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland für Verwaltungszwecke Notwendiger Ankauf bislang angemieteter Datenverarbeitungsgeräte zur Kostensenkung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 07 — Bundesminister der Justiz

07 11 526 04	85 000	14 370,85	Auslagen in Rechtssachen Mehrausgaben für Verteidigergebühren infolge des 1981 erhöhten Gebührenrahmens nach § 109 BRAGO sowie infolge höherer Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor dem Bundesdisziplinargericht.
-----------------	--------	-----------	--

Einzelplan 08 — Bundesminister der Finanzen

08 04 526 01	600 000	81 961,29	Gerichts- und ähnliche Kosten Erhöhte Prozeßkosten, insbesondere wegen überdurchschnittlich hoher Streitwerte in Steuer- und Verwaltungsstreitverfahren.
08 04 533 01	6 900 000	344 919,26	Herstellung von Tabaksteuerzeichen Die Mehrausgabe ist insbesondere auf den gestiegenen Bedarf an Tabaksteuerzeichen im Bundesgebiet zurückzuführen.
08 04 671 03	7 000 000	1 527 608,53	Entschädigung für Herstellung, Verwaltung und Verkauf der Wechselsteuermarken Höhere Entschädigung an die Deutsche Bundespost wegen gestiegenen Verkaufs von Wechselsteuermarken.
08 06 697 01	40 641 000	1 935 405,74	Konsolidierung der Saarbergwerke AG, Saarbrücken Mehrausgabe zum Ausgleich der Mindererlöse aus Lieferungen von Kokskohle an die Saarhütten. Die Zahlung beruht auf rechtlicher Verpflichtung.
08 09 682 01	210 000 000	24 894 280,30	Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein und die Monopolverwaltung für Branntwein Berlin Die Mehrausgabe war zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen nach dem Branntweinmonopolgesetz notwendig. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 10. Dezember 1981 mitgeteilt worden.
08 10 517 01	4 665 000	328 250,43	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume Die Mehrausgabe beruht insbesondere auf erhöhten Energie- und Reinigungskosten.
08 10 518 01	50 000	9 115,33	Mieten und Pachten Erhöhung des Mietzinses für Dienstgebäude und UKW-Antennenanlagen.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 08 — Bundesminister der Finanzen			
08 10 533 01	5 490 000	899 769,19	Herstellung von Tabaksteuerzeichen Die Mehrausgabe ist insbesondere auf den gestiegenen Bedarf an Tabaksteuerzeichen im Land Berlin zurückzuführen.

Einzelplan 09 — Bundesminister für Wirtschaft

09 05 526 01	60 000	38 172,59	Gerichts- und ähnliche Kosten Gerichts- und Anwaltskosten, die dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten bei der Ausführung des Investitionszulagengesetzes entstanden sind.
-----------------	--------	-----------	--

Einzelplan 10 — Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10 02 686 05	30 624 000	1 888 895,18	Beiträge an internationale Organisationen mit Sitz im Ausland Mehrausgabe infolge Veränderung der Wechselkurse, insbesondere wegen Kurssteigerung des US-Dollars.
10 02 656 55	960 000 000	26 603 414,59	Zuschüsse an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte Unerwartete Kostensteigerungen für ärztliche Behandlung, Krankenhauspflege und Arzneien im Rahmen der Aufwendungen für die Altenteiler gem. § 63 KVLG erforderten erhöhte Leistungen an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 24. November 1981 mitgeteilt worden.
10 02 656 56	22 000 000	972 435	Zuschüsse zur Zusatzaltersversorgung für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft Zunahme der Anträge von Berechtigten auf Zahlung von Ausgleichsleistungen an Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft gem. § 13 ZVALG. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
Einzelplan 11 — Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung			
11 01 514 01	175 000	9 805,20	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen Mehrbedarf infolge Zunahme des Pendelverkehrs zwischen den in vier Dienstgebäuden in Bonn-Duisdorf untergebrachten sechs Abteilungen des BMA sowie Kostensteigerungen bei der Unterhaltung der Dienstkraftfahrzeuge.
11 02 686 01	17 137 000	659 941,37	Beiträge an internationale Organisationen Die Mehrausgabe beruht auf dem Kursanstieg des US-Dollars.
11 11 643 01	908 300 000	22 455 573,99	Kosten der Kriegsofferfürsorge (ausgenommen Darlehen) auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes sowie entsprechender Leistungen auf Grund des Häftlingshilfegesetzes, des Gesetzes über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen und des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten Die Mehrausgabe, die auf gesetzlicher Verpflichtung beruht, ist darauf zurückzuführen, daß die Leistungen der Kriegsofferfürsorge erheblich stärker in Anspruch genommen wurden, als bei Aufstellung des Haushaltsplans erwartet. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 18. Dezember 1981 mitgeteilt worden.
11 11 643 03	8 100 000	1 000 000	Kosten der Kriegsofferfürsorge (ausgenommen Darlehen) und entsprechender Leistungen für Berechtigte außerhalb des Geltungsbereichs des Ersten Überleitungsgesetzes Die Leistungen der Kriegsofferfürsorge für Berechtigte im Ausland sind erheblich stärker in Anspruch genommen worden, als bei Aufstellung des Haushaltsplans erwartet. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
11 11 852 01	23 000 000	1 684 778,85	Darlehen im Rahmen der Kriegsofferfürsorge auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes sowie entsprechende Darlehen auf Grund des Häftlingshilfegesetzes, des Gesetzes über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen und des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten Darlehen der Kriegsofferfürsorge wurden stärker als erwartet in Anspruch genommen. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
11 12 681 01	2 656 200 000	191 776 211,21	Arbeitslosenhilfe Die Mehrausgabe, die auf gesetzlicher Verpflichtung beruht, ist auf eine höhere Zahl von Empfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zurückzuführen. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 7. Dezember 1981 in der seinerzeit erwarteten Höhe von 170 Mio. DM mitgeteilt worden.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 11 — Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung			
<u>11 12</u> 616 31	7 891 000 000	317 848 633,30	Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit Der Mehrbedarf der Bundesanstalt für Arbeit ist durch eine zunehmende Zahl von Arbeitslosen entstanden. Die Leistungspflicht des Bundes ist gesetzlich begründet. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 7. Dezember 1981 mitgeteilt worden.
<u>11 12</u> 681 41	431 230 000	69 838 669,54	Leistungen für die Teilnahme von Aussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlingen an Deutsch-Lehrgängen mit ganzzeitigem Unterricht Die Mehrausgabe war wegen der Zunahme der Aussiedler, die an den vom Bund geförderten Sprachlehrgängen teilnehmen, unerlässlich und beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 7. Dezember 1981 in der seinerzeit erwarteten Höhe von 50 Mio. DM mitgeteilt worden.
<u>11 12</u> 683 51	40 000 000	7 939 849,23	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zur innerbetrieblichen Qualifizierung in Betrieben mit Anpassungs- und Umstellungsprozessen Die unerwartet rasche Abwicklung des arbeitsmarktpolitischen Programms führte zu einem erhöhten Mittelabfluß.
<u>11 13</u> 646 05	1 252 000 000	121 531 964,74	Leistungen des Bundes für Aufwendungen nach dem Mutterschutzgesetz und für das Mutterschaftsgeld nach der Reichsversicherungsordnung und dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte sowie Erstattungen an die Renten- und Krankenversicherung und an privatkrankenversicherte und für außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung altersversicherte Empfängerinnen von Mutterschaftsgeld für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs. Die gestiegene Zahl der Mutterschaftsfälle und die erhöhte Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubs führten zu Mehrausgaben, die auf Grund gesetzlicher Verpflichtung geleistet werden mußten. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 21. Oktober 1981 mitgeteilt worden.
<u>11 13</u> 681 02	103 000 000	438 396,50	Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für die Unternehmen des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit, die Leistungsempfänger der Bundesanstalt für Arbeit sowie für sonstige Unternehmen, für die der Bund Träger der Unfallversicherung ist. Der Mehrbedarf ist durch Kostensteigerungen bei der Heilbehandlung und der Berufshilfe entstanden und beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
Einzelplan 12 — Bundesminister für Verkehr			
12 02 682 08	293 000 000	7 000 000	Betriebsbeihilfe für Verkehrsbetriebe im öffentlichen Personennahverkehr zur Verbilligung von Gasöl Die unerwartete Zunahme der Betriebsleistungen führte zu einem Mehrverbrauch von Gasöl. Die Betriebsbeihilfe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
12 02 686 02	3 727 000	86 349,96	Beiträge an internationale Organisationen Die Mehrausgabe beruht auf dem Kursanstieg des US-Dollars.
12 03 681 01	7 300 000	472 995,14	Gesetzliche Kosten der Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung Kostenerhöhung infolge unerwarteten Rückgangs der Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen bei der Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Bundesministers für Verkehr (AfU BMV) und infolge Übernahme von 40 Unfallrentenempfängern der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung (BAfU) in den Zuständigkeitsbereich der AfU BMV.
12 03 515 94	45 000	4 656,81	Kosten der Datenverarbeitung; Geräte, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände sowie Maschinen Wegen zunehmender Störanfälligkeit notwendige Ersatzbeschaffung eines Magnetkarten-Computers für die Lohnrechnungsstelle der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte.
12 03 apl. 811 91	—	64 532,65	Erwerb eines seegehenden Baggers Abschlußzahlung für die Beschaffung eines seegehenden Baggers.
12 12 526 01	4 000	7 580,90	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten des Kraftfahrt-Bundesamts in Verwaltungsstreitverfahren.
12 15 646 01	190 000	29 402,40	Erstattungen an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für die Übergangsversorgung der Angestellten im Flugverkehrs-Kontrolldienst Tarifrechtliche Verpflichtung zur Zahlung der Übergangsversorgung der Angestellten im Flugverkehrs-Kontrolldienst.
12 16 526 01	5 000	1 044,14	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten des Luftfahrt-Bundesamts in Arbeitsgerichtsverfahren.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 12 — Bundesminister für Verkehr			
12 16 671 01	100 000	47 997,41	Ausgaben im Zusammenhang mit der Untersuchung von Luftfahrzeugunfällen Mehrausgaben des Luftfahrt-Bundesamts als Unfalluntersuchungsbehörde infolge vermehrter Flugzeugunfälle (insbesondere bei Kleinflugzeugen).
Einzelplan 14 — Bundesminister der Verteidigung			
14 01 517 01	8 500 000	1 165 439,11	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume Erhöhte Ausgaben für Heizung, elektr. Strom, Reinigung und Kanalbenutzung wegen Preis- und Gebührenanhebungen.
14 02 526 01	5 580 000	85 720,28	Gerichts- und ähnliche Kosten Anwaltskosten in einem Prozeß wegen Besitzeinweisungsschädigung für ein Übungsgelände.
14 02 538 01	21 000 000	7 699 883,02	Fracht- und Nebenkosten für Materiallieferungen aus dem Ausland und in das Ausland, soweit nicht an anderer Stelle des Epl. 14 veranschlagt Mehrbedarf wegen Zunahme der Seefrachten und Beschaffungstransporte.
14 02 538 02	122 000 000	3 900 000	Fracht- und Nebenkosten, die von der Verkehrsabrechnungs- und Kontrollstelle im Bundeswehrverwaltungsamt abgerechnet werden Die verstärkte Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Schiene führte zur Überschreitung des Ansatzes.
14 02 698 01	18 000 000	586 592,45	Abgeltung von Schadensersatzansprüchen Dritter, soweit es sich nicht um Ansprüche aus Übungsschäden handelt Schadensersatzleistungen wegen höherer Reparaturkosten aus Kraftfahrzeugschäden.
14 02 527 12	1 380 000	59 536,82	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen Verteuerung der inneramerikanischen Flüge von Lehrgangsteilnehmern im Rahmen abgeschlossener Ausbildungsverträge.
14 08 552 22	15 000 000	1 399 990,22	Sonstige, nicht aufteilbare Betriebskosten Anstieg der Betriebskosten infolge erweiterter Bettenkapazität im Bundeswehrkrankenhaus Ulm und durch Preissteigerungen bei Verbrauchsmaterialien.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 14 — Bundesminister der Verteidigung			
14 10 522 32	1 100 000	488 606,08	Mehrkosten der Verpflegung durch alliierte Streitkräfte Erhöhung der Tagesverpflegungssätze bei den Alliierten und durch den Kursanstieg des US-Dollars.
14 11 553 01	32 000 000	1 939 026,18	Erhaltung der Bekleidung Gestiegene Reinigungskosten sowie vermehrte Wasch- und Reinigungsleistungen, auf die Soldaten einen Rechtsanspruch haben.
14 12 643 01	16 000 000	15 312 343,83	Ersatzleistungen für Wege- und Straßenschäden Auf rechtlicher Verpflichtung beruhende Entschädigungszahlungen für Schäden, die bei den gemeinsam mit den Gaststreitkräften durchgeführten Großübungen entstanden sind. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 10. Dezember 1981 mitgeteilt worden.
14 12 698 02	40 000 000	11 558 500,01	Entschädigungen auf Grund des Fluglärmgesetzes Durch den geänderten Lärmschutzbereich für den Flugplatz Gütersloh und den verstärkten Eingang von Entschädigungsanträgen wegen des Ablaufs der gesetzlichen Ausschußfrist für einige Flugplätze hat sich die Zahl der Anträge auf Erstattung von Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen gegenüber dem Vorjahr nicht so stark vermindert, wie bei der Aufstellung des Haushalts 1981 angenommen worden war. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Sie ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 19. November 1981 mitgeteilt worden.
14 12 883 01	1 000 000	62 963,70	Erschließungsbeiträge Mehrausgabe auf Grund rechtlicher Verpflichtungen.
14 12 517 32	150 000	51 539,10	Bewirtschaftungskosten
539 02	10 000	74 405,51	Bewachungskosten Mehrkosten für die Zwischenbewirtschaftung der Liegenschaft des ehemaligen Max-Planck-Instituts Wilhelmshaven, weil sich der Übergang von der Bundesvermögensverwaltung auf die Verteidigungsverwaltung verzögerte.
14 22 686 07	85 000 000	9 800 000	Beiträge zu den Kosten von der Bundeswehr mitbenutzter militärischer Anlagen im Ausland Kursverluste wegen Wechselkursveränderungen des englischen Pfundes für Fremdwährungszahlungen.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 14 — Bundesminister der Verteidigung			
14 22 552 31	15 000 000	4 500 000	Beitrag zu den Betriebskosten
559 31	221 000 000	37 512 557,39	Beitrag zu den Beschaffungskosten Die auf internationaler Verpflichtung beruhende Mehrausgabe ist durch Kursverluste wegen Wechselkursveränderungen für Fremdwährungszahlungen entstanden. Die überplanmäßige Ausgabe bei Kap. 14 22 Tit. 559 31 ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 26. Oktober 1981 mitgeteilt worden.

Einzelplan 15 — Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

15 02 686 81	37 560 000	1 097 519,79	Beitrag zur Weltgesundheitsorganisation Auswirkung des Kursanstiegs des US-Dollars auf die Zahlung des satzungsmäßigen Beitrags, der auf internationaler Verpflichtung beruht.
15 02 686 85	1 880 000	183 440	Beitrag zu den Kosten der Internationalen Zentralstelle für Krebsforschung Auswirkung des Kursanstiegs des US-Dollars.
15 03 apl. 681 01	—	1 346 677	Entschädigungsleistungen an Dritte Kosten eines vom Bundesgesundheitsamt geschlossenen Prozeßvergleichs.
15 06 711 01	97 000	49 911,72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Notwendiger Einbau einer neuen Neutralisationsanlage (Fettabscheider) beim Paul-Ehrlich-Institut.
15 08 (ab 1. Oktober 1981; bis 30. September 1981: 11 08)			
671 32	2 470 000	1 229 763,84	Leistungen des Bundes nach Maßgabe des Arbeitsplatzschutzgesetzes Erhöhte Erstattungsleistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Zivildienstleistenden, weil zunehmend berufstätige Dienstleistende einberufen werden. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Einzelplan 23 — Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

23 01 526 01	4 000	2 446,49	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten in Verwaltungsgerichtsverfahren.
-----------------	-------	----------	---

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 23 — Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

23 02 685 09	3 000 000	702 015,89	Leistungen nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz Anstieg der Zahl der zurückgekehrten Entwicklungshelfer, die Arbeitslosenbeihilfe erhalten, und höhere Ausgaben für die Unfallversicherung (BAfU). Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
-----------------	-----------	------------	--

Einzelplan 25 — Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

25 02 642 01	1 100 000 000	111 410 643,95	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz Die Mehrausgabe zur Zahlung des Bundesanteils (50 v. H.) nach dem Wohngeldgesetz wurde bei der Aufstellung des Haushalts nicht vorhergesehen; sie beruht im wesentlichen auf den Auswirkungen der am 1. Januar 1981 in Kraft getretenen 5. Novelle zum Wohngeldgesetz. Die Mittel mußten auf Anforderung der Länder zur Erfüllung ihrer Rechtsansprüche gegen den Bund bereitgestellt werden. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 5. November 1981 in der seinerzeit erwarteten Höhe von 100 Mio. DM dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.
25 02 882 02	920 000 000	63 477 415,74	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz Nach § 7 des Wohnungsbauprämiengesetzes in der Fassung vom 22. Juni 1979 werden Wohnungsbauprämien, die von den Ländern gezahlt worden sind, jährlich vom Bund zur Hälfte erstattet. Nach den Anforderungen der Länder wurden für 1981 zu den veranschlagten Ausgaben weitere 63 477 415,74 DM benötigt. Diese Ausgabenentwicklung wurde bei Aufstellung des Haushalts nicht vorhergesehen. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. November 1981 in der seinerzeit erwarteten Höhe von 61 Mio. DM dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Einzelplan 27 — Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

27 02 642 21	86 500 000	13 417 305,99	Kosten auf Grund des Gesundheitsabkommens mit der DDR und Förderung des Besuchsreiseverkehrs aus der DDR und Berlin (Ost) sowie aus den ost- und südosteuropäischen Staaten Mehrausgaben nach dem Gesetz zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf dem Gebiet des Gesundheitswesens für medizinische Hilfeleistungen an Einreisende aus der DDR und auf Grund der Richtlinien für die Förderung des Besuchsreiseverkehrs. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 16. Dezember 1981 mitgeteilt worden.
-----------------	------------	---------------	--

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 30 — Bundesminister für Forschung und Technologie

30 03 686 01	165 945 000	2 333 483,16	Leistungen an die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) in Genf Auswirkung der Wechselkursentwicklung des Schweizer Franken. Die Beitragszahlung beruht auf internationaler Verpflichtung.
-----------------	-------------	--------------	--

Einzelplan 31 — Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

31 03 652 11	1 080 000 000	1 893 349,19	Ausbildungsförderung für Schüler Mehrausgaben auf Grund des Bundesausbildungsförderungsgesetzes infolge Anstiegs der Zahl der Leistungsempfänger.
-----------------	---------------	--------------	---

Einzelplan 32 — Bundesschuld

32 05 575 02	2 356 000 000	936 346 283,57	Zinsen für Bundesschatzbriefe Unerwartet hohe vorzeitige Zinsfälligkeiten wegen umfangreicher vorzeitiger Rückgaben von Bundesschatzbriefen, ausgelöst durch die Zinsentwicklung. Die Mehrausgabe beruht auf rechtlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 18. Dezember 1981 mitgeteilt worden.
-----------------	---------------	----------------	---

Einzelplan 35 — Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte

35 11 698 01	2 700 000	1 500 000	Aufwendungen auf Grund des Schutzbereichsgesetzes, des Luftverkehrsgesetzes und des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm, soweit nicht bei Tit. 518 03, Tit. 712 01 und Tit. 820 01 zu buchen ist Vermehrte Inanspruchnahme von Bundesmitteln zur Erstattung von Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen in der Lärmschutzzone I des Luft/Boden-Schießplatzes Nordhorn. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung.
35 11 698 02	183 000 000	9 500 000	Abgeltung von Schäden, die nach dem 5. Mai 1955 im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der ausländischen Streitkräfte im Bundesgebiet entstanden sind Unerwartet hohe Übungsschäden bei Manövern der ausländischen Streitkräfte; die Schadensregulierung beruht auf rechtlicher Verpflichtung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 35 — Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte

35 11 820 01	7 000 000	5 047 213,60	Erwerb von Grundstücken Notwendiger Grunderwerb zur Deckung des Bedarfs an Liegenschaften für die ausländischen Streitkräfte.
35 11 883 01	6 000 000	8 294 282,12	Bau, Instandsetzung, Instandhaltung, Änderung und Ersatz von Verkehrs-, Fernmelde-, Versorgungs- und Entsorgungsanlagen und -einrichtungen sowie Aufwendungen für Folgeeinrichtungen und Maßnahmen zur Absicherung von militärischen Anlagen Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen für Munitionslager und Schießanlagen sowie Anschlußkosten von US-Liegenschaften an das Fernheizwerk der Stadtwerke Mannheim AG. Die Ausgaben beruhen auf rechtlicher Verpflichtung.

Einzelplan 36 — Zivile Verteidigung

36 04 526 01	10 000	10 183	Gerichts- und ähnliche Kosten Gerichts- und Anwaltskosten in Verwaltungsgerichtsverfahren.
36 04 893 91	95 000	9 035	Bau- und Instandsetzungsmaßnahmen auf nicht bundeseigenen Grundstücken Auf Grund rechtlicher Verpflichtung an das Land Rheinland-Pfalz zu zahlender Verwaltungskostenzuschlag von 10 v. H. der Baukosten für eine Zufahrt zur Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler.
36 07 apl. 671 31	—	1 698 235,20	Beschaffung von Betriebsstoffen Nachversteuerung von Kraftstoffvorräten nach dem Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981.

Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung

60 02 540 01	95 000 000	9 499 540,99	Prägekosten, Metallbeschaffungskosten, Kosten im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Sammlermünzen und sonstige Kosten für die Unterhaltung des Münzumschlags sowie Kosten der Bekämpfung der Falschmünzerei Zur Sicherstellung der Versorgung mit Umlaufmünzen mußten in größerem Umfang als erwartet Münzplättchen beschafft und Prälegebühren der Münzämter bezahlt werden.
-----------------	------------	--------------	--

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung			
60 02 461 71	1 072 000 000	226 280 643,86	Verstärkung von Personalausgaben der Hauptgruppe 4 Die zentral veranschlagten Verstärkungsmittel reichten zur Deckung des Mehrbedarfs für Personalausgaben in den Einzelplänen nicht aus, vor allem im Einzelplan 14 deshalb, weil mehr Planstellen mit Zeitsoldaten besetzt werden konnten, als bei Haushaltsaufstellung erwartet wurde. Die Höhe der Mehrausgabe wurde nach Abschluß der Bücher vorläufig ermittelt und kann — wegen der Auswirkung von Deckungsvermerken bei den Personaltiteln — endgültig erst auf Grund der Bundeshaushaltsrechnung 1981 festgestellt werden.
60 04 698 01	1 330 000 000	78 061 675,37	Zahlungen nach dem Spar-Prämiengesetz Mehrbedarf zur Zahlung von Prämien und Zinsen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung nach dem Spar-Prämiengesetz.
60 04 646 21	50 000 000	995 282,60	Nachversicherung nach § 99 AKG Gesetzliche Leistungen, die sich aus höheren Anforderungen der Rentenversicherungsträger infolge Zunahme der Versicherungsfälle und gestiegener Rentenanteile ergeben.
60 06 686 06	18 300 000	11 530,96	Beitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften Auswirkung der Kursentwicklung des ECU bei der auf internationaler Verpflichtung beruhenden Beitragszahlung.
60 06 686 07	40 000 000	320 967,30	Beitrag zum Ausgleich des Funktionshaushalts der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Auswirkung der Kursentwicklung des ECU bei der auf internationaler Verpflichtung beruhenden Beitragszahlung.